

Pressemitteilung

Frankfurt am Main, 8. August 2017

Schlechte Noten für schulische Inklusion in Hessen

PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband bemängelt fehlende Lehrerstellen im kommenden Schuljahr für die inklusive Beschulung von Schülern mit Behinderungen

Hessen bildet auch im Schuljahr 2016/2017 mit einer schulischen Inklusionsquote von nur 26,8 Prozent das Schlusslicht im bundesweiten Ländervergleich. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Statistik der Kultusministerkonferenz, des Zusammenschlusses der Schulministerien der Bundesländer. Damit liegt Hessen auch weit abgeschlagen unter dem Bundesdurchschnitt, nach dem 41,1 Prozent aller Schüler_innen mit sonderpädagogischen Förderbedarf eine Regelschule besuchen. Dieser Durchschnittswert ist im letzten Jahr um 3,4 Prozent gestiegen, auch in Hessen gab es einen geringen Zuwachs. Das Beispiel Bremen zeigt jedoch, dass es auch anders geht, dort besuchen 88,9 Prozent der Schüler_innen mit Förderbedarf die Regelschule. Die Stagnation von Hessen auf dem letzten Platz der Bundesländer ist umso dramatischer angesichts der kontinuierlich steigenden Anzahl der Schüler_innen mit Behinderungen. Darüber hinaus werden nun auch Flüchtlingskinder mit fehlenden Deutschkenntnissen auf Förderschulen oder in die inklusive Beschulung geschickt, da es nicht ausreichend Deutschförderkurse zur Vorbereitung für die Grundschule gibt.

„Der niedrige Inklusionsanteil in hessischen Schulen ist ein klares Indiz dafür, dass das Land zu wenig in diesen Bereich investiert, obwohl immer mehr Eltern ihre Kinder mit Förderbedarfen in Regelschulen anmelden möchten. Es ist weder verständlich noch hinnehmbar, dass Hessen seinen Verpflichtungen gegenüber den Eltern und Kindern nicht nachkommt und die Schulen einfach nicht mit ausreichendem und qualifiziertem Personal ausstattet“, so Günter Woltering, Geschäftsführer des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbands Hessen.

Viele Eltern, die ihr behindertes Kind in eine Regelschule schicken möchten, sind zudem verunsichert, denn natürlich beobachten auch sie den meist nicht barrierefreien baulichen und personell defizitären Zustand hessischer Schulen und hegen daher große Zweifel, ob ihr Kind dort eine adäquate Förderung jenseits der Sonderschulsysteme erhalten kann. Die für das kommende Schuljahr seitens des Hessischen Kultusministeriums angekündigten 58 neuen Lehrer_innen-Stellen sind bei Weitem nicht ausreichend, um dem Wunsch und Willen nach schulischer Inklusion für alle Eltern und Kinder nachzukommen. Doch selbst wenn Eltern sich trotz dieser begründeten Zweifel für eine Regelschule entscheiden, werden sie lange Zeit im Unklaren gelassen, ob ihrem Wunsch entsprochen wird oder nicht.

„ Es ist skandalös, dass das Hessische Schulgesetz das Recht auf inklusive Beschulung weiterhin unter einen Ressourcenvorbehalt gestellt hat, was nichts anderes heißt als die Außerkraftsetzung dieses Rechts, wenn Personal, Räume und Ausstattung nicht vorhanden sind“, ergänzt Annette Wippermann, Grundsatzreferentin im PARITÄTISCHEN Hessen.

„Das Land Hessen erfüllt seine vertraglich eingegangene Verpflichtung mit der 2009 von Deutschland ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention faktisch nicht, denn danach muss das Land Hessen die Ressourcen für ein inklusives Schulsystem zur Verfügung stellen. Ein Menschenrecht vom Finanzierungswillen eines Landes abhängig zu machen, ist unerhört“, so Günter Woltering weiter.

Neben der Suche nach einer wohnortnahen Regelschule, die die Aufnahme eines behinderten Kindes nicht aus Ressourcengründen verweigert, müssen die Eltern auch die Schulassistenz ihrer Kinder selbst organisieren, wobei auch dort einige Hürden zu nehmen sind. So gibt es in einigen Kommunen nach wie vor Konflikte über die Schulassistenz im Nachmittagsbereich oder bei Klassenfahrten.

Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband fordert das Land Hessen zum Start des nächsten Schuljahres auf, seiner Verpflichtung nachzukommen und das Recht behinderter Kinder und Eltern auf eine inklusive Beschulung endlich ernst zu nehmen. In den derzeit laufenden Verhandlungen zum nächsten Haushalt müssen dringend weitere Personalstellen und Ressourcen zur Unterstützung der Kinder mit Förderbedarf an Regelschulen eingestellt werden. Jetzt hat das Land die Gelegenheit zu beweisen, dass es die erzwungene Selektion in der Schule endlich stoppt und Fortschritte bei der inklusiven Bildung in Hessen nicht mehr länger am Geld scheitern lässt.

Ansprechpartnerin beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Annette Wippermann
Grundsatzreferentin und Projektleitung Inklusion

Telefon: 069/95 52 62-29
Mobil: 0177 5614631
E-Mail: annette.wippermann@paritaet-hessen.org

Der PARITÄTISCHE Hessen ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Sozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationssozialarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 80.000 hauptamtliche und 23.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der PARITÄTISCHE Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso, wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit, fachlicher, rechtlicher und finanzieller Unterstützung sichert der PARITÄTISCHE Hessen die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER
Wohlfahrtsverband
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0
Fax: 069 551292

E-Mail: info@paritaet-hessen.org
www.paritaet-hessen.org